

Die wichtigsten Fragen zur neuen Legislatur

Im August startet der neu zusammengestellte Regierungsrat des Kantons Solothurn in die neue Amtszeit. Fünf Fragen und fünf Antworten zu den Herausforderungen, die auf die Departementschefinnen und -chefs warten.

Christof Ramser und Urs Moser

1 Kann Sibylle Jeker die hohen Erwartungen erfüllen?

Sie ist der Shootingstar der Solothurner Politik. Und schaffte, was ihre Partei in sieben Anläufen nicht zustande brachte. Als erste Vertreterin der SVP zieht Sibylle Jeker in die Solothurner Kantonsregierung ein, liess im zweiten Wahlgang sogar den bisherigen FDP-Mann Peter Hodel hinter sich und war auf Augenhöhe mit der Doyenne Susanne Schaffner (SP).

Die Taktik der Parteispitze ging voll auf: Im Wahlkampf feuerte die SVP aus allen Rohren gegen die Regierung, warf ihr sogar Verfassungsbruch vor. Das Exekutivmandat brachte sie mit einer im Auftritt gemässigten Frau in trockene Tücher. Und mit dem Referendum gegen das Energiegesetz, das die SVP im Alleingang kurz vor den Wahlen an der Urne versenkte, sicherte sie sich weitere Stimmen.

Energiepolitikerin Jeker hatte sich ebenfalls gegen die Vorlage gestellt. Sie muss nun rasch aufzeigen, wie der Kanton seine Abhängigkeit in der Energieversorgung vom Ausland verringern und diese sauberer machen will.

Es sind längst nicht alles Rechtsaussenwähler, die der 41-jährigen Immobilienberaterin ihre Stimme gegeben haben. Aber es sind so manche darunter, die damit eine Protestnote setzen wollten, ein Zeichen gegen die aus ihrer Sicht abgehobene Kantonsexekutive.

Dass die SVP, wie von Präsident Rémy Wyssmann angekündigt, den Kanton nun übernimmt, bleibt natürlich ein leeres Versprechen. Dennoch: Die Erwartungen der Wählerschaft steigen durch solche Aussagen ins Masslose.

Und da ist da noch das Kuckucksei, das Silvio Jeker seiner Frau ins Nest legte. Er übernimmt nicht allein ihr Kantonsratsmandat, er nimmt auch noch Einsitz in jener Kommission, die die Geschäfte des Volkswirtschaftsdepartements vorberät, dem Sibylle Jeker ab sofort vorsteht.

Selbst wenn beide ihre Verschwiegenheit versichern; allein der Verdacht auf Verletzung des Amts- und Kommissionsheimnisses kann fatale Folgen haben. Die erste Schweizer Bundesrätin musste dies schmerzlich zur Kenntnis nehmen und deswegen sogar zurücktreten.

2 Gelingt Mathias Stricker der Rollenwechsel?

Es gibt das Bonmot, dass der Bildungsdirektor mehr Baustellen hat als die Baudirektorin. Das dürfte mit Blick auf die Millionenkredite, die für mehrere Grossbaustellen im Kanton benötigt werden, übertrieben sein. Dennoch: Die politischen Her-



Auf dem neuen, offiziellen Gruppenbild präsentiert sich die Solothurner Regierung zum Thema «Brücken schlagen und Brücken bauen» auf dem Oltnr Gäubahnsteg (von links): Mathias Stricker, Susanne Schaffner, Sandra Kolly, Peter Hodel, Sibylle Jeker und Staatsschreiber Yves Derendinger.

Bild: Bruno Kissling

ausforderungen in der Bildung, die als wichtigster Rohstoff der Schweiz angesehen werden, sind riesig.

Das weiss Mathias Stricker. Mit der Bildung hat sich der 57-Jährige sein Wunschdepartement gesichert. Während sieben Jahren präsidierte er den Verband der Solothurner Lehrpersonen (LSO), ging in dieser Funktion im Solothurner Rosengarten, dem Amtssitz des Bildungsdirektors, ein und aus. Als Primarlehrer weiss er zudem aus eigener Erfahrung, wo im Kollegium der Schuh drückt.

Bisher verteidigte Stricker als oberster Gewerkschafter die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer und sass als Arbeitnehmervertreter in der Gesamtarbeitsvertragskommission. An vorderster Front hatte er sich kürzlich noch als Kantonsrat gegen die Lektionenkürzung auf Primarstufe gewehrt – vergeblich.

Nun wechselt der Sozialdemokrat die Seiten. Er muss nicht bloss die vom Regierungsrat durchgesetzten Millioneneinsparungen im Bildungsbereich durchziehen, er verantwortet auch die einseitige Kündigung des GAV mit. Eine Massnahme, die der LSO als «Schlag ins Gesicht des Solothurner Personals» bezeichnet. Handlungsbedarf besteht zudem beim integrativen Schulunterricht, der politisch stark unter Druck kommt.

Stricker will rasch kommunizieren, wie es mit den Reformen

weitergeht. Nicht nur unter seinen (ehemaligen) Berufskameraden wartet man gespannt darauf, welche Ideen der neue Bildungsdirektor präsentiert, ohne seine Prinzipien zu verraten.

3 Kündigung des GAV: Hält das dünne Eis unter Peter Hodel?

Die Finanzlage ist einigermaßen stabil, bleibt aber angespannt. Es kommen höhere Ausgaben auf den Kanton zu, zum Beispiel für die Prämienverbilligung; der Bund will seinen Haushalt auch auf Kosten der Kantone entlasten; ob in den nächsten Jahren wieder regelmässig Dutzende Millionen von der Nationalbank in die Staatskasse fliessen, ist ungewiss. Gleichzeitig ist da trotz allem der Erwartungsdruck, die Steuerbelastung des Mittelstands weiter zu senken und dem schweizerischen Durchschnitt anzupassen.

Der FDP-Finanzdirektor steht hier für die Regierung an vorderster Front in der Verantwortung. Was von ihm verlangt wird, grenzt schon an die Quadratur des Kreises, partielles Scheitern scheint fast programmiert. Peter Hodel darf man Nehmerqualitäten zutrauen, er wird es verkraften.

Aber mit der Aufkündigung des Gesamtarbeitsvertrags für das Staatspersonal hat die Regierung die Büchse der Pandora geöffnet. Sie mag sachgerecht sein. Es war von Anfang an kein

leichtes Unterfangen und dürfte immer schwieriger werden, massgeschneiderte Lösungen für die Anstellungsbedingungen von Verwaltungsangestellten, Polizisten, des ganzen Spitalpersonals und der Lehrkräfte unter dem Dach eines gemeinsamen Regelwerks zu finden. Aber das Personalrecht nach 20 Jahren GAV wieder völlig neu aufzugleisen, wird eine Mammutaufgabe sein, die Regierung, Personalverbände und auch das Parlament die ganze Legislatur hindurch auf Trab halten wird.

Der Finanzdirektor als quasi oberster Personalchef bewegt sich dabei auf dünnem Eis. Den Fachkräftemangel spürt auch der Kanton als Arbeitgeber und nicht zu vergessen: Mit der Kündigung des GAV sehen sich die Personalvertretungen auch von der Friedenspflicht entbunden. Auf dem dünnen Eis herrscht akute Einsturzgefahr.

4 Hält sich Sandra Kolly im heissen Politherbst schadlos?

Die Erleichterung stand Sandra Kolly ins Gesicht geschrieben, als sie am 13. April im zweiten Wahlgang als Bestgewählte im Regierungsrat bestätigt wurde. Sie zeigte sich topmotiviert für eine zweite Legislatur.

Es bleibt zu hoffen, dass die Mitte-Frau den Elan in den Sommerferien nicht verloren hat, sondern, im Gegenteil, frische Kräfte sammeln konnte. Denn gleich zum Start der Legislatur

steht der Baudirektorin ein politisch heisser Herbst bevor. Am 28. September kommen mit dem Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekt an der Dünnern (Kosten für den Kanton 100 Millionen Franken) und der Aufwertung des Bahnhof Süd in Solothurn (22 Millionen) zwei grosse Brocken an die Urne.

Vor dem Parlament, das sich mit satter Mehrheit hinter die Projekte gestellt hatte, warb Kolly mit grossem Enthusiasmus für die Projekte. Zumindest beim Um- und Ausbau des Bahnhof Süd gibt es aber noch einigen Erklärungsbedarf, weshalb zum Beispiel Schwarzbuben oder Grenchnerinnen daran zahlen sollen.

Mit dem neuen Stützpunkt der Kantonspolizei in Oensingen sowie der Sanierung und Umgestaltung der Baselstrasse und einem Liegenschafts Kauf für die Gerichte, beide in der Kantonshauptstadt, stehen schon bald weitere Millionen ausgaben an. Nicht zu reden vom geplanten Mega-Neubau für die Kantonsverwaltung und möglicherweise der Sanierung der Kanti Solothurn mit neuer Turnhalle, deren Kredite ebenfalls in dieser Legislatur spruchreif werden dürften.

Es ist abzusehen, dass die SVP, trotz Regierungsbeteiligung, nicht von ihrer Fundamentalsoption abrückt. Und die Baudirektorin weiter ins Visier nehmen wird. Das wird die Regierungsrätin, die sich rühmte, in der ersten Legislatur

11 von 13 Abstimmungen gewonnen zu haben, nicht umhauen. Ob sie sich solch einen Erfolg auch nach ihrer zweiten Amtszeit auf die Fahne schreiben wird, bleibt abzuwarten.

5 Droht Susanne Schaffner zum Legislaturstart ein Scherbenhaufen?

Gesundheits- und Sozialdirektorin Susanne Schaffner startet gleich mit einer grossen Herausforderung in die neue Legislatur. Am 28. September wird über das sogenannte Kita-Gesetz abgestimmt. Es verpflichtet die Gemeinden nicht nur, für ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in der familienergänzenden Kinderbetreuung zu sorgen und es mitzufinanzieren, es schreibt dafür auch das Modell mit Betreuungsgutschriften vor.

Die Vorlage ist heftig umstritten, selbst Gemeindepräsidenten mit SP-Parteibuch machen dagegen Stimmung. Eine laute Gegenkampagne ist erneut von der SVP zu erwarten. Auch die FDP hat bereits überraschend deutlich die Nein-Parole beschlossen, obwohl die Wirtschaftsverbände grosse Stücke auf die Vorlage setzen. Sie dient der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Man verspricht sich aufseiten der Wirtschaft ein Mittel im Kampf gegen den Fachkräftemangel, beteiligt sich aber nicht an der Finanzierung.

Eine wacklige Ausgangslage für den nahenden Abstimmungssonntag. Bei einem Scheitern stünde die zuständige Departementsvorsteherin in Sachen familienergänzender Kinderbetreuung, wo der Kanton Solothurn klar auf den hinteren Rängen liegt, vor einem Scherbenhaufen. Es dürfte schwer sein, ihn noch in der wahrscheinlich letzten Amtsperiode wieder zu kitten. Umso mehr, da das Verhältnis zwischen der Regierungsrätin und der Gemeindelobby latent angespannt ist.

Noch höhere Priorität müsste aber ohnehin die finanzielle Stabilisierung der Spitäler haben. Der Regierungsrat hat sich hier mit der neuen Eigentümerstrategie für eine enge(re) Begleitung der Prozesse bei der operativ eigenständig agierenden soH in die Pflicht genommen, und da sind die Augen natürlich vor allem auf SP-Gesundheitsdirektorin Susanne Schaffner gerichtet. Es steht eine stärkere Konzentration des Leistungsangebots an den Spitalstandorten bevor, das heisst, für bestimmte Operationen/Behandlungen werden Patienten vermehrt von Olten nach Solothurn oder umgekehrt fahren müssen. Gleichzeitig will man erreichen, dass weniger Patienten auf nahe ausserkantonale Spitäler ausweichen. Eine Aufgabe, die mit Sicherheit auch in der Politik noch viel zu reden geben wird.